

## Gauklerthema „Energiewende“ – volle Fahrt in die Sackgasse

*Von Peter Helmes*

### **Zappenduster? Aktuelle Perspektiven der „Energiewende“**

Im „Konservativen Aufbruch (KA)“ haben sich aktive Mitglieder der CSU organisiert, die mit der derzeitigen Politik ihrer Partei nicht einverstanden sind. Sie fordern eine sofortige Rückkehr zu einer Politik, die die Prinzipien Freiheit, christliches Menschenbild, Subsidiarität, Marktwirtschaft, Eigenverantwortung und Souveränität in den Mittelpunkt stellt – also ein Aufruf zu einer Politik, die sich den Grundprinzipien der CSU und der Stammwählerschaft der Union verpflichtet fühlt.

Schon mehrfach hatte der KA Anlaß, politische Fehlentwicklungen zu kritisieren, **wie z.B. die überstürzte, undurchdachte Energiewende** oder die verfehlte Euro-Rettungspolitik, die unserem Land unverantwortliche finanzielle Risiken aufbürdet. Im Mittelpunkt der Kritik des KA steht vor allem die CDU-Vorsitzende und Bundeskanzlerin, Angela Merkel. Dies gilt insbesondere auch beim Thema Energiewende:

Viel schneller als üblich hatte Deutschlands Kanzlerin ihr Urteil gebildet – und ihr Ziel durchgesetzt: Die Energiewende muß her! Dieser Imperativ war unter dem Eindruck der Fukushima-Katastrophe entstanden – und führte zu hektischen Aktionen.

Nun zeigt sich immer deutlicher, daß die Konsequenzen nicht ausreichend bedacht wurden. Bei Klimaschutz, Energie (-Preisen) oder Importabhängigkeit sind mehr Fragen offen als geklärt. Diese Bundesregierung stellt sich bei der Bewältigung der Probleme immer wieder neu ein Armutszeugnis aus.

Und das verruchte CO<sub>2</sub> führt uns zwangsläufig zur Betrachtung der Kosten der Energiewende, die die rot-grün-schwarze „Koalition der Willigen“ uns beschert: Nach dem beschlossenen Abschied von der Kernenergie muß u. a. Strom von Windparks übers Land transportiert werden, vor allem von Nord nach Süd. Das bedeutet: Bis zum Jahre 2020 brauen wir rd. 4.500 km neue Leitungen, zzgl. der dazu nötigen Masten. Tja, und so ein Kilometer neue Freileitung kostet heutzutage etwa 1,1 bis 1,4 Millionen Euro, so daß der geplante Netzausbau einen Investitionsbedarf von 6,3 Milliarden Euro bedeutet. Die Windräder, die für die Versorgung Deutschlands mit Strom sorgen sollen, würden eine Fläche erfordern, die größer ist als Nordrhein-Westfalen. Aber „Windpark“ liest sich gut – und sieht bestimmt gut aus!

Quasi „aus dem Bauch heraus“ wurde die „Energiewende“ ausgerufen, die vor allem aus dem überhasteten Abschalten der Atomkraftwerke ihre Entsprechung fand. Doch postwendend entstand die Frage, wo denn der „abgeschaltete“ Strom so plötzlich herkommen und wie er zu uns Bürgern (und Industriebetrieben) gelangen könnte. **Hätte Merkel nicht nach dem Bauchgefühl, sondern nach der reinen Vernunft gehandelt, hätte sie mit ihren Gefolgsleuten erst einmal die Alternativen beraten müssen.**

Nun ist der Katzenjammer groß. Der Leitungsausbau (für den Transport der „alternativen“ Energien) wird kaum in der nötigen Geschwindigkeit herzustellen sein – heute eine Binsenweisheit. Neu ist die Frage der Haftung. Und diese Haftung wird schwupp-die-wupp auf die Verbraucher, also auf die Bürger, übertragen. Das nennt sich dann wohl „Politik für die Gemeinheit“:

Sie erlaubt den Windparkbetreibern und Netzgesellschaften, den größten Anteil aller Risiken (also Schäden) auf die Stromverbraucher abzuwälzen. Dazu zählen z. B. der Ausfall der Einnahmen bei verzögertem Netzanschluß oder auch technische Schäden.

Die ehemalige Verbraucherschutzministerin Aigner, anfangs eine Gegnerin der Belastung der Verbraucher – erklärte bei der Vorlage des Gesetzentwurfs damals: *„Die Neuregelung (zu Lasten der Stromverbraucher) sind kaum beherrschbar und mit marktwirtschaftlichen Prinzipien nicht zu vereinbaren“* – strich aber bereits nach acht Tagen die Segel: kein kritisches Wort mehr. Also blieb es bei der Privatisierung der Energiewende-Gewinne und der Sozialisierung ihrer Verluste. Amateurhaft – und auf Kosten der Bürger.

Vor Jahren schrieb *conservo* provozierend unter der Überschrift „Der Wahnsinn bei Solarmodulen“ u. a.:

*„Es gibt offensichtlich zwei verschiedene Klassen giftiger Stoffe: Die einen, die man auch so bezeichnen darf. Dann gibt es die anderen, die zwar genauso giftig sind, aber einem „höheren Zweck“ dienen – der Energiewende.Solaranlage!*

Bei den Ersteren fährt die ganze Armada der Gutmenschen und Erdenretter das komplette Arsenal von Abwehrmechanismen auf: Blockaden, Sit-ins, Flugblätter, „Bürger“-Aktionen, „Umweltmobile“ usw. bis hin zu häufig nicht gewaltfreien Demonstrationen. Und Schuld an den giftigen Stoffen haben jedesmal die Profitgeier, die Kapitalisten. Soweit zur ersten Klasse der Giftstoffe.

Ganz anders bei der zweiten Klasse: Man hört nichts, man sieht nichts, man sagt nichts. Es handelt sich um Stoffe, die der alternativen Energiegewinnung dienen und also nützlich sind. Sie dienen der „Energiewende“ und entziehen sich damit der Kritik. Demonstrationen finden erst recht nicht statt“ .

### **Licht aus in Bayern**

Die düsteren Perspektiven der Energiewende besorgen auch den Konservativen Aufbruch, der sich erneut kritisch mit der Merkel-Politik auseinandersetzt und fragt: Wird es in Bayern bald zappenduster?

Zu dieser spannenden Frage referierte Dipl.-Ing. Hans Häfner\*), Leiter des Arbeitskreises Energie und Umwelt im Konservativen Aufbruch (KA) der CSU, unlängst in München auf Einladung der dortigen KA-Regionalgruppe. Vor einem interessierten Publikum setzte sich Häfner kritisch mit der Ausgangslage und den Zielen der sogenannten Energiewende auseinander.

\*) In der CSU ist **Hans Häfner** aufgrund seines langjährigen Engagements bestens bekannt und vernetzt. Er hat sich seit 2011 einen Namen als einer der fundiertesten Kritiker der „Energiewende“ gemacht. Seine Vorträge basieren ausschließlich auf technischen und wissenschaftlichen Fakten und sind gerade auch für Entscheidungsträger und Multiplikatoren oder auch als Argumentationshilfen von unschätzbarem Wert.

Durch den vollständigen Ausstieg sowohl aus den fossilen Energieträgern als auch der Kernkraft droht laut Häfner Bayern und Süddeutschland in weniger als fünf Jahren eine gravierende Versorgungslücke – mit der konkreten Gefahr großflächiger Blackouts für zahlreiche Privathaushalte, Industriebetriebe und Versorgungseinrichtungen. Der Verzicht auf die Kernkraft und vor allem die atomare Forschung sei im Hinblick auf den aktuellen Stand

der internationalen Energietechnologie nicht mehr nachvollziehbar, sodaß Deutschland angesichts der enormen Entwicklungssprünge im Ausland ins Hintertreffen gerate.

Häfner wörtlich: *„Nicht nur bei der Stromerzeugung in Deutschland, dem Land der Ingenieure und Erfinder, hat sich durch die rot-grüne Ideologisierung der Debatte eine gefährliche Technikfeindlichkeit eingeschlichen. Viele gut gemeinte Klimamaßnahmen der letzten Jahre sind schlicht kontraproduktiv.“*

So beschleunige die Beimischung von Bioethanol in Kraftstoffen die Abholzung der Regenwälder in Lateinamerika. Die mit der Energieeinsparverordnung vorgeschriebene Gebäudedämmung produziere tonnenweise Dämmstoffe, die in einigen Jahren kostenintensiv als Sondermüll entsorgt werden müssen.

**Deshalb fordert der Konservative Aufbruch ein Umdenken in der Energie- und Klimapolitik!** Ökologie, Ökonomie und Versorgungssicherheit beim Strom müssen in ein vernünftiges Verhältnis gesetzt werden. Die Politik der Bundesregierung muß sich endlich einer realistischen, faktenbasierten Diskussion stellen und die globalen Möglichkeiten einer CO<sub>2</sub>-Reduktion nüchtern beurteilen, angesichts einer stetig wachsenden Weltbevölkerung, deren Energiebedarf keinesfalls sinken wird. Deutschlands Beitrag zur Reduzierung des anthropogenen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes tendiert im Vergleich dazu gegen Null.

*Bildunterschrift (von links nach rechts): Dipl.-Ing. Hans Häfner (Leiter AK Energie und Umwelt), Dr. Thomas Jahn (1. Sprecher des Konservativen Aufbruchs), Lars Bergen (stv. Sprecher), Felix Schönherr (Organisator), Solongo Treml (Regionalleiterin KA in Schwaben)*

**5.11.2016**